

THEMA IM LANDTAG

Der Landeshaushalt muss »Niedersachsengerechter« werden

Vor wenigen Tagen hat der Niedersächsische Landtag den Haushalt 2007 beschlossen. Dieser stand im Gegensatz zu den unsozialen Kürzungshaushalten der Vorjahre bereits eindeutig im Zeichen der in 14 Monaten anstehenden Landtagswahl.

von Wolfgang Jüttner

Die Landesregierung profitiert von gigantischen Steuermehreinnahmen in Höhe von 676 Mio. Euro im laufenden und 487 Mio. Euro im kommenden Haushaltsjahr. Die Landesregierung hat es aber versäumt, die Chance der zusätzlichen Einnahmen zur Umsteuerung der Haushaltspolitik zu nutzen. Eine auf die Bedürfnisse des Landes abgestimmte Innovations- und Zukunftspolitik hat sie nicht eingeleitet.

Seit vier Jahren erklärt die Landesregierung, sie senke die Nettokreditaufnahme um jährlich 350 Mio. Euro. Die formale Rückführung der Verschuldung ist aber nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite stehen Schattenhaushalte und der ungezügelter Verkauf von Landesvermögen. Von den Spielbanken über die Ostthannoversche Eisenbahn, die Landeskrankenhäuser und Teile der Norddeutschen Landesbank wird alles verkauft, was nicht niet- und nagelfest ist. Nicht immer stehen haushaltspolitische Erwägungen im Vordergrund. So ist der Verkauf der Landeskrankenhäuser unwirtschaftlich und erfolgt einzig aus ideologischen Gründen.

Unterm Strich hat die Landesregierung so Vermögenswerte in Höhe von ca. 2,50 Milliarden Euro verkauft. Die Nord LB hat die Regierung an eine 100%ige Tochtergesellschaft, also faktisch an sich selbst verkauft, um Schulden von 1,10 Milliarden Euro nicht im offiziellen Haushalt verbuchen zu müssen. Rechnet man die in Schattenhaushalte ausgelagerten

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,



Wolfgang Jüttner, Fraktionsvorsitzender

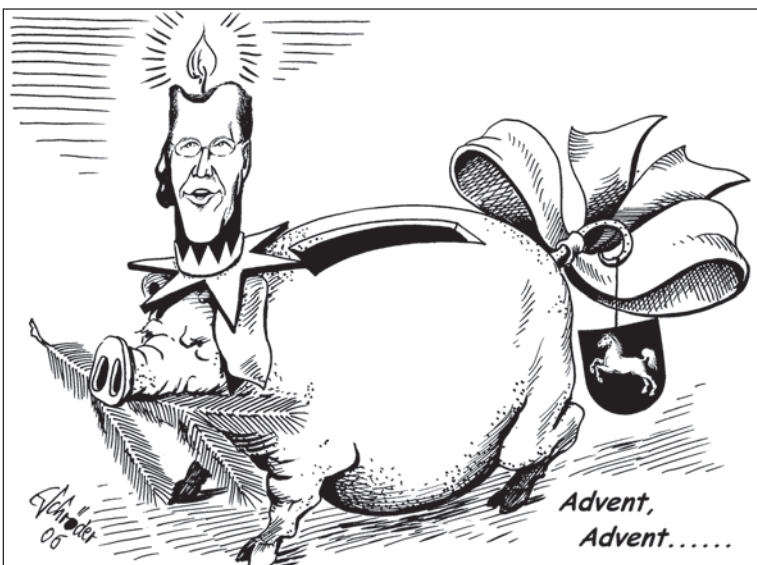
das Jahr 2006 neigt sich dem Ende zu und das Weihnachtsfest ist nicht mehr weit. Für viele ist dies eine Zeit des Besinnens und Ausspannens. Im Landtag wurde es aber bei der Verabschiedung des Haushaltes 2007 noch mal spannend.

Die SPD-Fraktion hat einen wohl durchdachten Änderungsantrag zum Regierungsentwurf vorgelegt. Diesmal waren die Spielräume für zukunftsichernde Ausgaben größer, weil die Steuerquellen stärker sprudeln. Wir wollten mit diesen zusätzlichen Mitteln die Neuverschuldung stärker abbauen als bisher, aber gleichzeitig auch in drei Bereichen Schwerpunkte setzen: in der Bildungspolitik, beim Gesundheitsschutz für unsere Kinder und für mehr Investitionen zur Unterstützung der niedersächsischen Industrie und des Handwerks. Diese Vorschläge wurden von der Regierungsmehrheit abgelehnt. Stattdessen verteilt die Landesregierung nun an vielen Stellen kleine »Trostpflasterchen«, wohl um die Spareinschnitte der vergangenen Jahre vergessen zu machen. Der Vorwahlkampf hat also begonnen. Er wird nach der Weihnachtspause weitergehen.

Die SPD-Fraktion ist dafür gerüstet. Wir starten mit großem Elan in das nächste Jahr. Bis dahin wünsche ich allen Leserinnen und Lesern des onlineTiL ein geruhiges Weihnachtsfest und »einen guten Rutsch«.

Euer

W. Jüttner



**Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern frohe Festtage
und einen guten Rutsch ins Jahr 2007.**

Fortsetzung: Der Landeshaushalt muss »Niedersachse gerechter« werden

Schulden in die Kreditaufnahme des Landes ein, hat Ministerpräsident Wulff bis zur Landtagswahl neue Schulden von über 12 Milliarden Euro zu verantworten. Es ist und bleibt richtig: Wulff ist der größte Schuldenmacher aller Zeiten.

Meine Fraktion und ich sind der Auffassung, dass eine Haushaltskonsolidierung ohne Alternative ist. Diese darf aber nicht zulasten einer aktiven und gestaltenden Politik gehen, die durch gezielte Akzentsetzung die Chancen des Landes ausbaut.

Gleichzeitig wollen wir aber auch Haushaltsklarheit: Aus diesem Grund wollen wir die nicht benötigte Kreditemächtigung in Höhe von 551 Mio. Euro aus dem Haushalt 2006 ausbuchen, um zu verhindern, dass diese in die kommenden Jahre übertragen wird. Die Regierung Wulff will den Haushalt 2008 schönen, um Wahlgeschenke zu finanzieren.

Wir wollen aber auch einen Haushalt, der auf die besondere Situation der Menschen in Niedersachsen abgestimmt ist: Wir haben daher umfassende Änderungen zum Haushalt beantragt:

Wir wollen die Qualifizierungschancen unserer Kinder und jungen Menschen verbessern und das Innovationspotenzial für Niedersachsens Betriebe aufbauen. In der globalisierten Welt ist Bildung die Voraussetzung für die zukünftigen Lebens- und Berufschancen und für die persönliche Entwicklung jedes Einzelnen. Sie ist gleichzeitig die wichtigste Voraussetzung für die Innovationskraft der Wirtschaft. Deswegen müssen alle Potenziale und die Kreativität jedes Kindes besser gefördert werden. Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung (NIW) kommt in seinem Gutachten »Bildung und Qualifizie-

rung in Niedersachsen« zu derselben Überzeugung und hat Handlungsbedarf eingefordert. Darauf beziehen wir uns und investieren in die Zukunft der Menschen und damit in die Zukunft unseres Landes.

Insgesamt wollen wir deshalb einen Schwerpunkt beim Ausbau für das niedersächsische Bildungssystem in einem Volumen von 87,0 Mio. Euro setzen.

Die niedersächsische Wirtschaft muss durch gesteigerte Mittel für Investitionen angekurbelt werden. Dies erfordert mehr finanzielle Unterstützung für den Ausbau der Infrastruktur, für Innovationen und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Der jetzt erschienene »Niedersachsen-Monitor« des Statistischen Landesamts bestätigt:

gend eine Investitionsinitiative. An die Adresse der Landesregierung sage ich daher ganz klar: Es hat nichts mit Sparen zu tun, wenn man die Immobilien des Landes verfallen lässt und die Schere zwischen dem Investitionsbedarf und den Instandhaltungsaufwendungen für die Landesstraßen von Jahr zu Jahr weiter auseinander geht.

Wir wollen auch den Kommunen ihren gerechten Anteil an den Steuereinnahmen des Landes gewähren und nehmen die ungerechtfertigte Kürzung der Mittelzuweisung aus dem Kommunalen Finanzausgleich von 165 Mio. Euro zurück. Mit den zusätzlichen Geldern können die Kommunen endlich wieder ihre Aufgaben wahrnehmen und zum Beispiel Schulen, Bibliotheken und Gemeindestraßen sanieren.

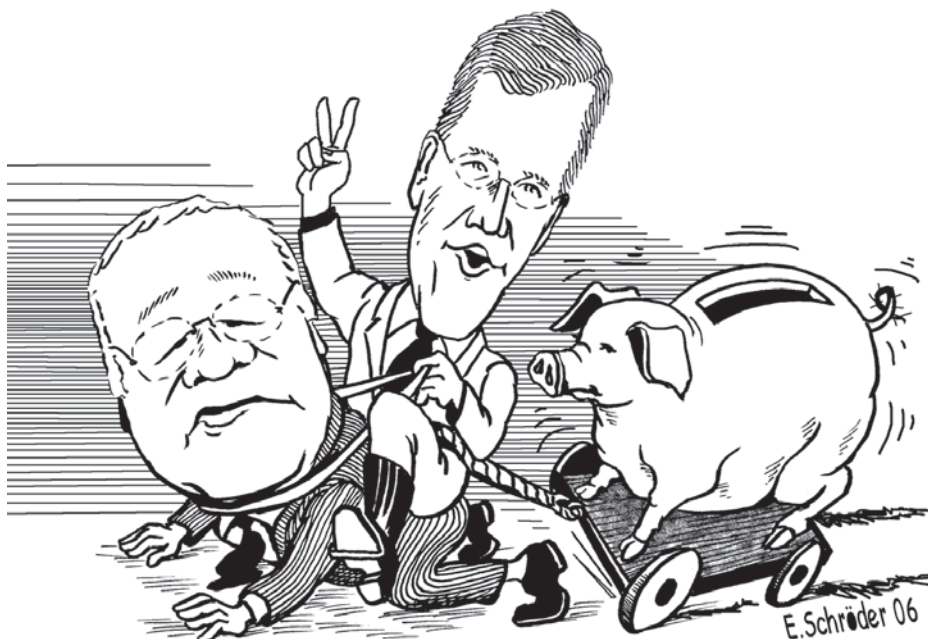
Insgesamt werden wir für investive Zwecke eine Summe von 146 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

Der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung ist Ausdruck ihrer kinder- und jugendpolitischen Abstinenz. Die Landesregierung versucht aktionistisch mit kleineren Beträgen aus den Steuermehreinnahmen Löcher zu stopfen, die sie selbst mit ihrer Kürzungspolitik der vergangenen Jahre zu verantworten hat.

Das Land braucht aber einen Perspektivwechsel hin zu einem kinder- und jugendbezogenen Hilfe- und Schutznetz.

Mit dem Programm »Kinder gesunden – Kindergesundheit fördern« wollen wir Haushaltsmittel in Höhe von 17,35 Mio. Euro für die zielgerichtete Erweiterung des öffentlichen Gesundheitsdienstes einstellen, zusammen mit anderen Maßnahmen sind dies insgesamt 27,25 Mio. Euro.

Die Einzelheiten unseres Antrages können dem Entschließungsantrag »Das Land braucht einen »Niedersachse gerechten« Haushalt« (<http://www.spd-landtag-nds.de/web/binary.jsp?nodeId=8706&binaryId=7490&disposition=inline>) entnommen werden.



Auf bildungspolitischer Kriechspur

»Niedersachsen hat im vergangenen Jahr, ebenso wie schon in 2004, im Standortwettbewerb der Länder an Boden verloren.«

Ein Grund hierfür sind die zu geringen investiven Ausgaben dieser Landesregierung. Die Investitionsquote des Landes ist mit bereinigt 7 % nun dauerhaft auf ein historisches Tief gefallen. Niedersachsen stellt das Investitionsschlusslicht aller 16 Bundesländer dar. Hierunter leidet nicht nur die niedersächsische Wirtschaft, auch das Landesvermögen wird durch fehlende Instandhaltungsinvestitionen aufgezehrt. Niedersachsen braucht daher drin-

»Kinder schützen – Kindergesundheit fördern«

SPD schlägt 30 Millionen Euro-Programm zum Schutz vor Verwahrlosung und Missbrauch sowie für mehr Kindergesundheit vor

Wöchentlich sterben in Deutschland nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks UNICEF 2 Kinder an den Folgen von Verwahrlosung und Missbrauch. Gleichzeitig wächst auch in Niedersachsen die Zahl der Kinder, die in prekären Lebensverhältnissen aufwachsen – Lebensverhältnisse, die geprägt sind von Desinteresse und Überforderung der Eltern, von Perspektivlosigkeit und häufig genug auch von Gewalterfahrungen.

von Uwe Schwarz

Das Land braucht deshalb einen Perspektivwechsel hin zu einem kinder- und jugendbezogenen Hilfenetz. Der Haushalt der Landesregierung ignoriert diesen überfälligen Perspektivwechsel. Ganz im Gegenteil: Die Chance, mit den Steuermehreinnahmen einen Schwerpunkt zugunsten von Kindern, Jugendlichen und armen Familien zu setzen, hat die Landesregierung vertan.

Die SPD legt stattdessen mit dem 27,25 Mio. Euro umfassenden Programm »Kinder schützen – Kindergesundheit fördern« ein ganzes Bündel an Schutz- und Fördermaßnahmen vor.

So sieht das Programm ein Ende des von der Landesregierung zu verantwortenden Rückzugs des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) aus seiner Verantwortung vor. Mit 17,35 Mio. Euro soll der ÖGD zielgerichtet erweitert werden.

Konkret heißt das: 6 Mio. Euro stellt die SPD ein, um 5 verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen von der Aufnahme in den Kindergarten bis zum Ende der 3. Grundschulklasse durch den ÖGD vorzunehmen. Alle Experten bestätigen, dass nur

dieser Weg funktioniert, um auch an die Familien heranzukommen, die bislang die freiwilligen Früherkennungsuntersuchungen (U1 bis U10) der Krankenkassen nicht nutzen.

Mit 7 Millionen Euro soll die flächendeckende Einführung von Familienhebammen als niedrigschwelliges Angebot aufsuchender Familienarbeit realisiert werden – und zwar von der Schwangerschaft bis zur Vollendung des 2. Lebensjahres des Kindes.

Die SPD will darüber hinaus ein 24-Stunden-Kinder-Notruf-Telefon und setzt dafür 150.000 Euro ein. Das vorbildliche Koordinationszentrum gegen Kindesmisshandlung und sexuellen Missbrauch in Hannover sowie die gezielte Fortbildung für Kinderärzte und Gynäkologen soll mit 500.000 Euro an Landesmitteln unterstützt werden. Die 25 Mehrgenerationenhäuser sollen in Familienzentren umgewandelt werden. Nicht zuletzt setzt die SPD auf eine Verstärkung der Tagesbetreuung.

Das gesamte Programm ist solide gegenfinanziert.

Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass



Uwe Schwarz,
sozialpolitischer Sprecher

die Landesregierung außer Pressemitteilungen und öffentlichkeitswirksamen Konferenzen keine substanziellen Verbesserungen für Kinder erreicht hat. Da, wo sie es hätte tun können, bei der Novelle des ÖGD-Gesetzes und im Haushalt des Sozialministeriums hat sie sich bewusst verweigert.

Hier setzt das SPD-Programm »Kinder schützen – Kindergesundheit fördern« einen klaren Kontrapunkt.

Niedersachsen darf niemanden verloren geben. Dafür werden wir in den kommenden Monaten kämpfen.

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite www.spd-landtag-nds.de mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategien und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemittelungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTILs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

Transrapid-Untersuchungsausschuss eingesetzt – SPD benennt Mitglieder

Am 8. Dezember hat der Niedersächsische Landtag der von den Grünen beantragten Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Transrapid-Unglück zugestimmt. Nachdem die Regierungsfaktionen zunächst heftigen Widerstand gegen die Einsetzung leisteten, machte erst die Zustimmung der SPD-Fraktion den Weg frei für den 19. Untersuchungsausschuss in der Geschichte Niedersachsens.

In den Ausschuss werden die Abgeordneten Gerd Will (Sprecher), Axel Plaue, Werner Buß und Klaus Fleer entsandt. Als Vertreter nehmen an dem Ausschuss Günter Lenz, Frauke Heiligenstadt, Frank Henry Horn und Heike Bockmann teil.

Zu den Zielen des Untersuchungsausschusses sagte SPD-Verkehrsexperte Gerd Will: »Nach zwei öffentlichen Anhörungen im Wirtschaftsausschuss müssen wir heute leider feststellen, dass die Aufklärung des Transrapid-Unfalls nicht weitergekommen ist. Von Seiten des Ministers und des Ministeriums erhielten wir zum Teil falsche, häufig zögerliche bzw. unvollständige Berichterstattung über den Betrieb und das Unglück auf der Versuchsanlage.«

Es sei aber der Anspruch der SPD-Fraktion im Landtag, die Ursachen des Unglücks rückhaltlos aufzuklären. Nur damit würden die Voraussetzungen geschaffen, dass die Transrapid-Technologie überhaupt eine Zukunft in Deutschland hat. Zu den von der Regierungskoalition ins Spiel gebrachten Kosten des Ausschusses sagte Gerd Will: »Natürlich kostet ein Untersuchungsausschuss auch Geld. Aber der Tod von 23 Fahrgästen und viele weitere Verletzte verpflichten uns, alle notwendigen Schritte für eine vollständige Aufklärung zu unternehmen und auch den Anteil an Verantwortung staatlicher Stellen zu prüfen. Nur die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses schafft für das Parlament die Voraussetzungen, die Ursachen des Unfalls vollständig aufzuklären und



Gerd Will,
verkehrs- und politischer Sprecher

die politische Verantwortung dafür festzustellen.«

Busunfall in Herzberg wirft viele Fragen auf

Bei einem schweren Schulbusunfall in Herzberg am Harz wurden am 3. November 2006 acht Kinder und Jugendliche sowie der Busfahrer schwer verletzt. Rund 20 weitere Schüler erlitten leichte Verletzungen.

Der mit 50 Schulkindern im Alter von zehn bis 18 Jahren besetzte Schulbus war auf spiegelglatter, noch nicht gestreuter Fahrbahn ins Schleudern geraten und seitlich in einen entgegenkommenden Holztransporter geprallt. Ausgerechnet in Herzberg findet ein Pilotprojekt des Wirtschaftsministers zur Privatisierung der Straßenmeistereien statt. Deshalb sah sich der verantwortliche Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) in der Landtags-Fragestunde zahlreichen kritischen Nachfragen ausgesetzt.

Unmittelbar nach dem Busunglück hatte der Wirtschaftsminister angekündigt, den Unfall lückenlos aufklären zu wollen. Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion bestehen jedoch erhebliche Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Aufklärungsbemühens des Wirtschaftsministers. »Was Hirche treibt, ist weniger eine lückenlose Aufklärung als die verzweifelte Suche nach einem Bauernopfer. Die Frage nach einem Organisationsverschulden, für das er selbst die Verantwortung trägt, blendet Herr Minister Hirche bislang vollständig aus«, so die

SPD-Abgeordnete Petra Emmerich-Kopatsch.

Es ist auf das Betreiben des Wirtschaftsministers zurückzuführen, dass im Bereich der Straßenmeisterei Herzberg ein Pilotversuch zur Privatisierung der Straßenmeistereien eingerichtet wurde. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, warum der Pilotversuch nicht längst eingestellt worden ist, denn er ist absolut unwirtschaftlich: Vergleichsrechnungen haben gezeigt, dass die allein im vergangenen Winter entstandenen Kosten seitens der beauftragten Privatunternehmer mit 6,8 Millionen zuzüglich einer Nachforderung in Höhe von 800.000 Euro um etwa 35 bis 50 Prozent höher liegen als die Leistungserbringung durch die Straßenmeisterei Herzberg selbst.

Am Tage des Unfalls hat der Einsatzleiter der Arbeitsgemeinschaft der Privatunternehmer vom zuständigen Wettermelder der Straßenmeisterei die Mitteilung bekommen, die sieben Räum- und Streuschleifen aufgrund von Glätte unverzüg-



Petra Emmerich-Kopatsch, Mdl

lich abzustreuen. Da bei dem von der Arbeitsgemeinschaft beauftragten Subunternehmer nur drei statt der vereinbarten sieben Fahrzeuge zur Verfügung standen, wurden ab 5 Uhr, also mit erheblicher Verspätung, nur die Strecken der vierspurigen Schnellstraße Herzberg-Seesen, deren Auf- und Abfahrten sowie eine Schleife

fe Osterode-Riefensbeek-Clausthal-Zellerfeld gestreut. Die Strecke Herzberg-Pölde, Landesstraße L530, auf der es zu dem Unfall kam, blieb jedoch ungestreut. Weitere Fahrzeuge trafen erst nach dem Unglück ein. »Es ist ein schweres Versäumnis, dass die als gefährlich bekannte Bahnüberführung trotz frühzeitiger Alar-

mierung bis zum Unfallzeitpunkt nicht gestreut worden war«, so Emmerich-Kopatsch.

Im Landtag musste Wirtschaftsminister Hirche einräumen, dass am Unfalltag tatsächlich nur drei statt der vereinbarten sieben Streufahrzeuge einsatzfähig waren.

Die Verantwortung für dieses folgenschwere Versäumnis weist der zuständige Wirtschaftsminister jedoch nach wie vor noch weit von sich. »Ich bin sehr gespannt, wie lange es noch dauert, bis sich der Wirtschaftsminister zu seiner Ressortverantwortung bekennt«, so Emmerich-Kopatsch.

Humanitäres Bleiberecht nach Innenminister-Kompromiss nicht aus den Augen verlieren!

Als »nicht weniger, aber auch nicht mehr als ein erster Schritt in die richtige Richtung« bezeichnete SPD-Migrationsexperte Klaus-Peter Bachmann den so genannten Bleiberechts-Kompromiss der Innenministerkonferenz. Die Innenminister der Länder hatten sich in ihrer November-Sitzung endlich des Themas Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge, die faktisch und wirtschaftlich im Bundesgebiet integriert sind, angenommen.

Der von der Innenministerkonferenz am 17. November 2006 gefundene Kompromiss bleibt allerdings deutlich hinter den Erwartungen zurück, die z.B. von den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, aber auch von den Migrantenverbänden an ein humanitäres Bleiberecht gestellt worden waren.

»Wir dürfen das Thema humanitäres Bleiberecht jetzt nicht aus den Augen verlie-

ren«, so Bachmann. »Im Rahmen der angestrebten Novellierung des Ausländerrechts muss auf Grundlage der Einigung zwischen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und Bundesarbeitsminister Franz Müntefering auch denjenigen langjährig Geduldeten eine Perspektive gegeben werden, die vom Bleiberechts-Kompromiss der Innenministerkonferenz nicht erfasst worden sind«, forderte er. »Wir haben dem Landtag einen Katalog von

Kriterien vorgelegt, an die ein solches Bleiberecht geknüpft werden muss. Natürlich darf auch nach unseren Vorstellungen niemand auf ein humanitäres Bleiberecht hoffen, der sich selbstverschuldet in die Sozialhilfeabhängigkeit begeben oder gar vorsätzlich Straftaten begangen hat. Der jetzt gefundene Innenminister-Kompromiss reicht allerdings noch lange nicht aus«, so Bachmann. Die Landesregierung steht bis dahin in der moralischen Pflicht, bis zu der ausstehenden Einigung auf Bundesebene all diejenigen



Klaus-Peter Bachmann, Mdl

langjährig Geduldeten von einer Abschiebung auszunehmen, für die nach den vom Bundesinnenminister gemeinsam mit dem Bundesarbeitsminister aufgestellten Kriterien ein humanitäres Bleiberecht in Betracht kommt.

»Wir setzen darauf, dass der Kompromiss, der zwischen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und Bundesarbeitsminister Franz Müntefering ausgehandelt wurde, eine tragfähige Lösung ist«, so Klaus-Peter Bachmann. »Wir brauchen eine bundesgesetzliche Regelung, die über den Innenminister-Beschluss hinausgeht. Wir fordern daher die Landesregierung auf, dass alle diejenigen, die durch den Schäuble-Müntefering-Kompromiss begünstigt wären, jetzt nicht beschleunigt abgeschoben werden.«



Der nieders. Teilnehmer der Innenministerkonferenz

Kurskorrektur in der Niedersachsenpolitik ist überfällig Niedersachsengerechter – Ein Wort wird Programm

Es läuft nicht rund in der Regierungskoalition von CDU und FDP in Niedersachsen. Was sich nach dem Wahlsieg und fulminanten Start in 2003 bei genauem Hinsehen früh andeutete, wird jetzt Wirklichkeit. Wulff, sein Kabinett und die CDU/FDP-Koalition haben sich gründlich verschätzt. Schneller als es die neue »bürgerliche Mehrheit« im Landtag wahrhaben wollte, hat die Wirklichkeit die regierungsamtliche Scheinwelt ad absurdum geführt. Der Beweise gibt es genug:

von Heiner Aller

Das schlechte Abschneiden von Christian Wulff bei den Stellvertreterwahlen des CDU-Parteitages war vor allem auch eine Absage an seinen Politikkurs, den er in Niedersachsen für Deutschland testen wollte.

Der »Niedersachsenmonitor« (<http://www.nls.niedersachsen.de/Download/Monitor/Monitor2006.pdf>) des Landesamtes für Statistik belegte jetzt mit Zahlen, Daten und Fakten, dass das Aufsteigerland bei den wichtigen Indikatoren den Anschluss verliert.

Das Fazit lautet:

Die Entwicklungen für das Jahr 2005 waren für das Land Niedersachsen alles in allem nicht günstig. Die Bevölkerung nahm erstmals seit Jahren ab, die Geburten und auch die Zuwanderung nach Niedersachsen gingen kräftig zurück. Die wirtschaftlichen Entwicklungen des Jahres 2005 waren ebenfalls nicht gut. Schlechte Vergleichswerte auch bei Wirtschaftswachstum, anschwellender Pleitelwelle, Verdienstabstand und Patentanmeldungen. Einzig bei Schulabgängern, Abiturientenquote und Hochqualifizierten liegt Niedersachsen vergleichsweise günstiger.

Und dann folgt der entscheidende Satz: Auch wenn die bisher für 2006 vorliegenden Zahlen einen wirtschaftlichen Aufschwung signalisieren, bleibt doch die Erkenntnis: Niedersachsen hat im vergangenen Jahr, ebenso wie schon 2004, im Standortwettbewerb der Länder verloren.

Selbst den Parteistrategen von CDU und FDP scheint zu dämmern, dass der von den bekannten Stichwortgebern hoch gelobte und radikale Sparkurs allein noch keine intelligente und auf Nachhaltigkeit angelegte Landespolitik ausmacht. Wulff, sein Kabinett und die Koalition sind jedoch Gefangene der eigenen Strategie. Halbherzige und auf Schadensbegrenzung abgestellte Kurskorrekturen am

Haushaltsentwurf 2007 und der MiPla lassen nur einen Schluss zu: Vor der Landtagswahl soll das Füllhorn über Niedersachsen ausgeschüttet werden – entgegen aller bisherigen Behauptungen. – Diesen Kurs hat die SPD massiv kritisiert und der Wulff-Strategie einen Haushaltsantrag entgegengestellt, von dem der FDP-Fraktionsvorsitzende Rösler in der Debatte klagte, er trage ganz eindeutig die »Handschrift von Heiner Aller«.

Mit Blick auf die erkennbaren Steuermehreinnahmen in 2006 und die zusätzlichen Milliarden aus der Mehrwertsteuererhöhung forderte die SPD-Fraktion einen klugen Mix aus Fortsetzung der Konsolidierung und Investitionen in Stadtansanierung und Bauunterhaltung gegen die schleichende Vermögensvernichtung, in Innovationen und Zukunftstechnologien, in frühkindliche Erziehung, Ganztagsunterricht und Hochschulen sowie soziale Akzente bei Kindern, Familien und Behinderten. Sparen und klug investieren sind zwei Seiten derselben Medaille. Am deutlichsten zeigt sich das bei den Kürzungen des Kommunalen Finanzausgleichs im MiPla-Zeitraum um rund 1 Milliarde Euro und der anhaltend deprimierenden Investitionsquote von gerade 7 Prozent.

Was sich Wulff und Möllring als »Einsparung« für den Landeshaushalt beim Kommunalen Finanzausgleich zurechnen bedeutet, viele Kommunen zusätzlich Kassen-(Überziehungs)Kredite aufzubürden und ausbleibende öffentliche Investitionen. Keine öffentliche Nachfrage bedeutet keine Aufträge, keine Arbeit, keine Ausbildungsplätze für die regionale Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk. Welch ein Wahnsinn: Da werden Ausbildungsplätze und Kombilohn von der Landesregierung teuer subventioniert, anstatt die Millionen über Investitionen in Arbeit und Ausbildung umzumünzen. Lieber lässt Wulff Millionen Bundesmittel für das Pro-



Heiner Aller, Mdl

gramm Städtebau West verfallen, anstatt durch eine Gegenfinanzierung das Achtfache durch Privatinvestitionen zu initiieren.

Mit der Forderung Politik in unserem Bundesland »niedersachsengerechter« zu konzipieren, trifft die SPD den Nagel auf den Kopf. Der Niedersachsenmonitor liefert eindrucksvoll die Daten, Zahlen und Fakten dafür, dass Wulff's Politik weder gerecht noch fair gegenüber den Bedürfnissen der Menschen im Lande und auch nicht gerecht gegenüber den Kommunen, Regionen und künftigen Herausforderungen von Niedersachsen ist.

Die SPD hat bei den Haushaltsberatungen für 2007 im Landtag Flagge gezeigt. CDU und FDP versuchten zwar, mit einem Minimalprogramm den SPD-Alternativen zum Regierungsentwurf die Durchschlagskraft zu nehmen. Ein Blick in die Haushaltsanträge 2007 zeigt jedoch, wer im Land für das Gütesiegel »Niedersachsengerechter« und kluge Haushalts- und Finanzpolitik steht.

Die Texte sind nachzulesen im Internet unter <http://www.spd-landtag-nds.de/web/binary.jsp?nodeId=8706&binaryId=7490&disposition=inline>.

Geradezu gefährlich ist jedoch die Regierungspolitik, weil sie – die Landtagswahl fest im Blick – stur am eingeschlagenen Kurs festhält und die Öffentlichkeit für dumm verkauft. Da werden die Einnahmen aus Konjunkturaufschwung und Mehrwertsteuererhöhung als eigene Erfolge verkauft, obwohl die CDU/FDP-Landesregierung im Bundesrat dagegen gestimmt hat. Da wird nach Jahren der verfassungswidrigen Haushalte ein verfas-

sungskonformer Haushalt gefeiert, dessen Nettokreditaufnahme nur durch Schattenhaushalte, massive Steuermehreinnahmen und rücksichtslosen Verkauf von Landeseigentum (»Tafelsilber«) erreicht wird.

Die Realität sieht anders aus. Im scharfen Wettbewerb mit anderen Bundesländern haben sich Wulff, CDU und FDP »verbremst«. Andere Bundesländer haben längst »durchgestartet«. Wie lautet des-

halb zu Recht das Fazit der niedersächsischen Statistiker: »Niedersachsen hat im vergangenen Jahr, wie schon in 2004, im Standortwettbewerb der Länder verloren.«

CDU und FDP lehnen neue Gesamtschulen ab

Die SPD-Fraktion will das Verbot zur Errichtung neuer Gesamtschulen aus dem niedersächsischen Schulgesetz streichen. Der entsprechende Gesetzentwurf ist am 06.12. von der CDU- und der FDP-Fraktion abgelehnt worden.

Das so genannte »Errichtungsverbot« für Gesamtschulen hatten CDU und FDP unmittelbar nach dem Regierungswechsel in das Schulgesetz aufgenommen.

»Der Wille der Eltern muss endlich wieder mehr zählen als die Ideologie von Herrn Busemann«, sagte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ingrid Eckel. Sie verwies darauf, dass die Gesamtschulen bei den Eltern immer beliebter werden. So haben sich im laufenden Schuljahr rund 6.000 Eltern für die Gesamtschule entschieden, landesweit stehen aber nur etwa 4.000 Plätze in den fünften Klassen bereit. »Oft wurde ausgelost, welche Kinder auf die Gesamtschule dürfen und welche auf andere Schulen verwie-

sen wurden. Das ist ein unhaltbarer Zustand«, kritisierte Eckel. »Um dem Elternwillen zu entsprechen, brauchen wir mehr Gesamtschulen. Aber das Landesrecht verbietet den Schulträgern, neue Gesamtschulen einzurichten. Das wollen wir ändern.«

»Langfristig will die SPD die »Gemeinsame Schule. Dort sollen die Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet und vor allem gezielt individuell gefördert werden. Über die Einführung einer solchen Schule sollen die Eltern entscheiden. Deshalb gilt für uns schon jetzt: Neue Gesamtschulen dort einzurichten, wo die Eltern das wünschen, wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung«, so Eckel.



Ingrid Eckel,
schulpolitische Sprecherin

Sozialdemokratie heute – Abschlussveranstaltung der FES-Veranstaltungsreihe »Der Staat in der Verantwortung«

Am 05. Dezember fand die Abschlussveranstaltung der FES-Veranstaltungsreihe »Der Staat in der Verantwortung« statt. Wolfgang Jüttner redete zu dem Thema »Sozialdemokratie heute – Gelten die alten Werte noch?« und ergänzte dieses Thema – nachdem Matthias Platzeck leider seine Teilnahme absagen musste – um die Diskussion um den vorsorgenden Sozialstaat.

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – das sind die Grundwerte der Sozialdemokratie. Wolfgang Jüttner wies daraufhin, dass die Arbeiterbewegung das Erbe der bürgerlichen Revolution antrat und weiter entwickelte. Ihr Ziel war die Verwirklichung der Freiheitsrechte für alle Menschen – nicht nur für das Bürgertum! Und es ging um mehr als die »bürgerlichen« Freiheitsrechte. »Freiheit für« reichte und reicht nicht. Wolfgang Jüttner betonte, dass Freiheit auch immer die Abwendung von Not, Armut und Unterdrückung bedeuten muss.

Im Hinblick auf den Grundwert Gerechtigkeit führte Wolfgang Jüttner aus, dass die Gleichsetzung der Sozialleistungen und Qualität des Sozialstaates nicht mehr richtig sei. Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit dürfen nicht auf Fragen der sozialen Sicherungssysteme beschränkt

werden. Soziale Gerechtigkeit bedeutet vielmehr Verteilungsgerechtigkeit bei Bildung, Einkommen und Vermögen. Damit griff Wolfgang Jüttner auch den zentralen Aspekt der Diskussion um den vorsorgenden Sozialstaat auf: Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit.

Wolfgang Jüttner nahm als weiteren Aspekt – im Zusammenhang mit Gerechtigkeit – die Entwicklung im oberen Bereich der Einkommenspyramide auf. Natürlich habe es auch in früheren Zeiten Einkommensunterschiede zwischen der Unternehmensführung und den Beschäftigten gegeben. Diese Unterschiede wären auch mit dem normalen Gerechtigkeitsgefühl vereinbar gewesen. Managementgehälter, die 300 – 400mal so hoch sind wie die Löhne der Beschäftigten, widersprechen aber dem Gerechtigkeitsgefühl.

Auch das sei ein Bereich, in den ein wenig mehr Ordnung und Anstand Einzug halten sollten.

Er wies daraufhin, dass der Sozialstaat Ausdruck von gesellschaftlicher Solidarität sei. Dies ermöglicht den Menschen ein Leben in Würde. Die Menschen haben ein Recht darauf; sie müssen hierum nicht betteln, sie können die Leistungen erheben. Ferner machte er deutlich, dass Solidarität auch eine internationale Dimension hätte. Entwicklungshilfe und Klimaschutzpolitik wären notwendig – als Verpflichtung den in den Entwicklungsländern lebenden Menschen gegenüber, aber auch aufgrund der negativen Konsequenzen für die Industrieländer bei eigenem Nichthandeln.

Die vollständige Rede findet sich auf <http://www.wolfgang-juettner.de>

Die Landespolitik darf in der Raumordnung nicht abtauchen

Die niedersächsische Raumordnung steht nach den Plänen der Landesregierung vor einem erheblichen Umbau. Die mit den Zielen Vereinfachung, Deregulierung, Flexibilisierung und Kommunalisierung verbundenen Änderungen führen bisher 2 Gesetze und 2 Verordnungen in ein Niedersächsisches Raumordnungsgesetz (NROG) und eine Verordnung über das Landesraumordnungsprogramm (LROP) zusammen.

von Wolfgang Jüttner

Dies ist konsequent und richtig, weil damit auch die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung (SUP) handhabbar umgesetzt wird. Sehr viel ambivalenter zu beurteilen sind dagegen die neuen inhaltlichen Schwerpunkte, die letzten Endes den Rückzug des Landes aus der Raumordnung einleiten.

Das Raumordnungsgesetz des Bundes gibt 3 Leitziele und 15 Grundsätze vor, die bundesweit anerkannt und durch die Ministerkonferenz Raumordnung abgestimmt sind. Niedersachsen folgt in wesentlichen Punkten diesen Leitbildern und Handlungsstrategien nicht. In der Zielsetzung wird ein Paradigmenwechsel eingeleitet, der weg vom Freiraum- und Ressourcenschutz der wirtschaftlichen Entwicklung Priorität einräumt. Mit einem Spektrum 11 zusätzlicher Grundsätze im neuen NROG, die z.T. über den Kompetenzbereich der Raumordnung hinausgehen, wird der Ansatz der beabsichtigten Deregulierung ins Gegenteil verkehrt.

Erklärter Kern der Novelle ist die Stärkung der regionalen und insbesondere der kommunalen Planungskompetenz eben durch eine Deregulierung und Reduzierung der Zielvorgaben durch das Land. Beabsichtigt ist damit die zunehmende Flexibilität in Hinblick auf kommunale und regionale Verantwortung.

Während der europäische Wettbewerb und die Herausforderungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge von den Regionen künftig immer mehr regional abgestimmte Konzepte und Strategien verlangen, verlagert das Land räumliche Ziel- und Nutzungskonflikte auf die kommunale Ebene, wo die ohnehin schon vorhandenen Verteilungskonflikte zusätzlich verschärft werden. Hier stellt sich die Frage ob die Summe aller Einzelinteressen immer die Optimallösung für eine zukunftsfähige regionale Entwicklung dar-

stellt, oder ob es gewisse Vorgaben seitens des Landes braucht, die ein Mindestmaß an Nachbarschaftsschutz gewährleisten. Sollten sich die regionalen Akteure jedoch auf gemeinsam abgestimmte Entwicklungskonzepte einigen, könnte das Land sich dementsprechend zurücknehmen und ohne Bedenken erweiterte Spielräume zugestehen.

Besonders verwundert die Tatsache, dass die Entwicklung des ländlichen Raumes im

tig eine existenzielle Rolle für viele Regionen in Niedersachsen spielen.

Es bleibt festzuhalten, dass diese Novelle dem Land und seinen Teilräumen bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen nicht hilft. Während andere Bundesländer die Zeichen der Zeit und die Raumordnung als Instrument zur Sicherung der Daseinsvorsorge erkennen, sollen in Niedersachsen wichtige Instrumente aus der Hand gegeben werden. So wird es nicht möglich sein, die Wettbewerbsfähigkeit und gleichwertigen Lebensverhältnisse weitgehend zu erhalten und zu stärken. Landespolitik darf sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen und Zukunftsfähigkeit des Landes gefährden.

Somit stellt sich die Frage der landespolitischen Steuerung auf jeden Fall, wie auch immer sie inhaltlich ausgerichtet sein mag. Wir reden hier explizit nicht über dirigistische Vorgaben, aber es muss auch künftig ein Mindestmaß an verbindlichen Spielregeln geben, die allen Städten, Gemeinden und Regionen Perspektiven eröffnen und zur weitgehenden Sicherung der Daseinsvorsorge und gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen beitragen. Das darf bei der Gesamtnovelle der Raumordnung nicht verloren gehen. Der vorliegende Entwurf trägt diesem politischen Anspruch so nicht hinreichend Rechnung.



neuen Regelwerk maßgeblich mit landwirtschaftlichen Nutzungen belegt wird. Dies ist eine Verkennerung der Realität. Gerade der ländliche Raum hat ein immenses Potenzial an wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, das auch durch die Ausrichtung der Förderpolitik der EU belegt ist. Eine Verlagerung und Umsteuerung dieser Fördermittel aus dem Schwerpunkt Landwirtschaft heraus wird zukünf-

Impressum

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1; 30159 Hannover, www.spd-landtag-nds.de

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Simon Kopelke (E-Mail: Simon.Kopelke@LT.Niedersachsen.de)

Thilo Scholz (E-Mail: Thilo.Scholz@LT.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider (E-Mail: Andreas.Schneider@LT.Niedersachsen.de)

Fragwürdiger Umgang mit Führungspositionen

Gegen die Stimmen der SPD-Landtagsfraktion haben CDU und FDP die beamtenrechtlichen Regelungen zur Vergabe von Führungsfunktionen auf Zeit abgeschafft. Stattdessen sollen herausgehobene Führungsfunktionen für Beamtinnen und Beamte künftig auf Probe vergeben werden.

Was auf den ersten Blick harmlos wirkt – man konnte zu dem Eindruck gelangen, als würde es sich hierbei lediglich um eine schlichte Anpassung an aktuelle Rechtsprechung handeln – ist in Wirklichkeit ein Schritt, um Positionen dauerhaft mit CDU- und FDP-Beamten besetzen zu können.

Die zur SPD-Regierungszeit eingeführte Regelung des Führungsamtes auf Zeit, welches für die Dauer von fünf Jahren übertragen werden konnte und die Möglichkeit einer weiteren Verlängerung auf nochmals fünf Jahre beinhaltete, wird gestrichen. Stattdessen wird eine nur noch zweijährige Probezeit eingeführt – damit können de facto Führungsfunktionen schneller dauerhaft besetzt werden.

Als »geradezu entlarvend« bezeichnete es Leuschner, dass die Landesregierung auf eine Übergangsregelung verzichtet. »Offenbar geht es der amtierenden Landesregierung darum, noch vor der Land-

tagswahl dauerhafte Personalentscheidungen treffen zu können«.

Begründet wurde die Gesetzesänderung mit einer Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Oktober 2004, in der über eine im bayerischen Beamtengesetz enthaltene Regelung über Führungsfunktionen auf Zeit entschieden wurde. »Diese Entscheidung ist auf Niedersachsen nicht übertragbar«, so Leuschner. »Wenn CDU und FDP behaupten, die niedersächsische Regelung sei verfassungsrechtlich bedenklich, so ist dies schlicht falsch: Der Niedersächsische Staatsgerichtshof hat bereits im Mai 1996 die verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit der Vergabe von Führungsfunktionen auf Zeit bestätigt«.

Unterm Strich habe die jetzige Neuregelung daher einen sehr üblen Nachgeschmack: »CDU und FDP nutzen die alte Regelung, um ihnen unliebsamen Beamten



Sigrid Leuschner, Mdl

die Führungsfunktionen zu entziehen. Anschließend sollen diese Leitungsposten Kandidaten ihres Vertrauens zur Verfügung gestellt werden. Der Vorteil aus Sicht der derzeit Regierenden: Nach nur noch zweijähriger Probezeit handelt es sich um Führungsfunktionen auf Lebenszeit.



Der »Irr-Witz« des Jahres: »Kettensägermassaker an der Elbtalaue«

Als »Irr-Witz« des Jahres wird die brandaktuelle Aktion des Umweltministers Sanders gekürt.

Als »Demonstration« zur Hochwasserhilfe griff der Minister am 29.11.2006 im Kernbereich des UNESCO Biosphärenreservats Flusslandschaft Elbe selbst zur »Waffe« und schlug einen der größten Feinde der abfließenden Fluten nieder! Es traf einen Charakterbaum der Flusslandschaft, die Weide. Die Aktion sollte Auftakt sein zu weiteren Abholzaktionen dieser Landesregierung. Auf rund 25 km niedersächsischen Elbeufers sollen Bäume gefällt werden, um den Abfluss von Hochwässern zu erleichtern. In anderen Bundesländern hingegen werden Bäume gepflanzt, um Weichholzauen wieder entstehen zu lassen. (Foto: D. Damschen)

Neu im Landtag: Swantje Hartmann

Bereits 2002 rückte Swantje Hartmann für einige Monate in den Landtag nach. Als nach den erfolgreichen Kommunalwahlen der neue Lüneburger Landrat Manfred Nahrstedt sein Landtagsmandat aufgab, war es für Swantje wieder so weit.

Obwohl Swantje (Jahrgang 1973) die jüngste SPD-Abgeordnete ist, blickt sie bereits auf ein langjähriges politisches Engagement zurück. Als Schulsprecherin trat sie 1990 der Delmenhorster SPD bei. Schnell wurde sie bei den Jusos und in der SPD aktiv. Bereits 1991 wurde Swantje mit 18 Jahren in den Stadtrat von Delmenhorst gewählt. Es folgten u.a. die Wahl zur Juso-Bezirksvorsitzenden von Weser-Ems (von 1996 bis 2000), zur stellvertretenden SPD-Bezirksvorsitzenden (seit 2001) und zur stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden (seit 2003). Ihren kommunalpolitischen Einsatz hat sie dabei nie reduziert: seit 2001 ist sie Bürgermeisterin von Delmenhorst und wurde 2006 bei den Kommunalwahlen mit dem historisch besten Einzelergebnis in den Stadtrat wiedergewählt.

Dieser persönliche Erfolg hat sicherlich auch mit der Auseinandersetzung um den Kauf eines Hotels durch den rechtsextremen Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger zu tun. Dieser wollte in Delmenhorst ein Schulungszentrum für Nazis einrich-

ten. Unter dem Dach des DGBs gründete sich ein überparteiliches »Bündnis gegen rechts«, in dem auch die SPD aktiv wurde. »Wir als SPD waren einfach für die Bürger da«, so Swantje. Einerseits sei es gelungen, die Einigkeit der Demokraten gegen den Rechtsextremismus zu demonstrieren. Andererseits habe die SPD mit ihrer Geschichte als glaubwürdigster Sachwalter gegen rechts auftreten können. In dieser überparteilichen Netzwerkstruktur sieht Swantje auch die einzige Chance, gegen den Rechtsextremismus gewinnen zu können. »Wo ein PDS-Bürgermeister tatenlos der Verbrennung eines Anne-Frank-Tagebuches zusieht wie in Sachsen-Anhalt wird ein solches Verhalten hoffähig gemacht«, bilanziert Swantje. Um so wichtiger sei es, dass Niedersachsen Netzwerke gegen rechts unterstütze und ihnen ein inhaltliches Fundament liefere, anstatt beispielsweise die Landeszentrale für politische Bildung abzuschaffen.

Swantje ist seit Jahresbeginn freigestellte Betriebsratsvorsitzende beim Mobilfunkkonzern O₂ Germany, wo sie seit drei Jah-



Swantje Hartmann, Mdl

ren tätig ist. Sie ist dort auch Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Gesamtbetriebsrates.

Swantje studierte an der Universität Bremen Soziologie, Arbeitswissenschaften und Germanistik und gehört der Gewerkschaft IGBCE an.

Für weitere Informationen: <http://www.swantje-hartmann.de>

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

9. Januar 2007 von 12:00 – 14:00 Uhr
Fraktionsvorstand
Niedersächsischer Landtag, Raum 122,
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159
Hannover

16. Januar 2007 von 12:00 – 14:00 Uhr
Fraktionsvorstand
Niedersächsischer Landtag, Raum 122,
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159
Hannover

16. Januar 2007 von 14:00 – 16:00 Uhr
Fraktionssitzung
Niedersächsischer Landtag, Raum 122,
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159
Hannover

19. Januar 2007 von 18:00 – 20:00 Uhr
REGIONALKONFERENZ
SPD-Bezirk Hannover/Süd:
Wolfgang Jüttner – NiedersachsenGe-
rechter

Der niedersächsische SPD-Landesvorstand
hat Wolfgang Jüttner einstimmig als Spit-

zendkandidaten für die Landtagswahl
2008 vorgeschlagen. In mehreren Regio-
nalkonferenzen wird sich Wolfgang Jüt-
tner der Partei als Kandidat für das Amt
des Ministerpräsidenten vorstellen.

Genossinnen und Genossen sowie Freun-
de der SPD sind zu diesen Veranstaltun-
gen herzlich eingeladen.

Ort: Stadthalle Northeim
Mit:

- Wolfgang Jüttner, Vors. der SPD-Landtagsfraktion und nominierter Spitzenkandidat für die kommende Landtagswahl,
- Garrelt Duin (MdB), SPD-Landesvorsitzender und anderen

Anmeldung: mit Angabe der Personen-
zahl beim

SPD-Bezirk Hannover, Odeonstraße 15/
16, 30159 Hannover

Telefon 0511/1674-219, Telefax 0511/
1317577

23. Januar 2007 von 12:00 – 14:00 Uhr
Fraktionsvorstand

Niedersächsischer Landtag, Raum 122,
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159
Hannover

23. Januar 2007 ab 18:00 Uhr
Verleihung des Kunspreises 2006 der
SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Geschlossene Gesellschaft mit namensge-
bundener Einladung

Ort: kestnergesellschaft, Goseriede 11,
30159 Hannover

Nachfragen bitte richten an: Ute Worm-
land (Ute.Wormland@LT.nieder-
sachsen.de) Tel. 0511/30 30-40 23, Fax
0511/30 30-48 09

24. bis 27. Januar 2007
Landtagsplenum

30. Januar 2007 von 12:00 – 14:00 Uhr
Fraktionsvorstand
Niedersächsischer Landtag, Raum 122,
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159
Hannover